

<input checked="" type="checkbox"/>	Beschlussvorlage
<input type="checkbox"/>	Ergänzungsvorlage
<input type="checkbox"/>	Mitteilungsvorlage

<input checked="" type="checkbox"/>	öffentlich	<input type="checkbox"/>	nichtöffentlich
-------------------------------------	------------	--------------------------	-----------------

Amt/Geschäftszeichen - D 2 -	Datum 30.03.2006	Vorlagennummer <b>RAT/4/00785</b>
---------------------------------	---------------------	--------------------------------------

▼ Beratungsfolge <b>1. Rat</b>	▼ Sitzungstermin 04.04.2006
-----------------------------------	--------------------------------

Betreff

Volksinitiative "Jugend braucht Vertrauen! Für die Beibehaltung der gesetzlich zugesicherten Kinder- und Jugendförderung!" und Volksinitiative "NRW 2006 gegen Kürzungen der Landesförderung bei Kindern, Jugendlichen und Familien";  
hier: Antrag der SPD-Fraktion, Gisela Becker, vom 27.03.2006 und Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Antje Schäfer-Hendricks, vom 30.03.2006

Beschlussvorschlag  Um Beratung wird gebeten.
---

Finanzielle Auswirkungen im lfd. Haushaltsjahr/Wirtschaftsjahr						
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Euro:			Deckungs- vorschlag	
Abwicklung im		Mittel stehen		Mittel stehen		siehe Begründung
<input type="checkbox"/> Verwaltungshaushalt	<input type="checkbox"/> Vermögenshaushalt	<input type="checkbox"/> Wirtschaftsplan	<input type="checkbox"/> zur Verfügung	<input type="checkbox"/> nicht zur Verfügung		

Finanzielle Auswirkungen in den Folgejahren/Folgekosten				
weitere Raten		Euro	Vorgesehen im	für
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja		<input type="checkbox"/> Investitionsprogramm	
jährliche Folgekosten		Euro	ab	
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja			

Beratungsergebnis						
					Sitzung am	TOP
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> laut Beschluss- vorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss (Rückseite)

## Begründung

Auf den bereits vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion und den beigefügten Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird verwiesen.

In der Sitzung des Ausschusses für Kinder und Jugendliche am 27.03.2006 hatte ich bezüglich der Punkte 1 und 2 des Antrags der SPD-Fraktion den nachstehenden Formulierungsvorschlag für eine Bekanntmachung der Aktivitäten der Volksinitiative vorgelegt. Dieser Formulierungsvorschlag könnte im Mitteilungsblatt der Stadt Lohmar veröffentlicht werden.

**Textvorschlag Beginn:**

**"Volksinitiative Jugend braucht Vertrauen" für die Beibehaltung der gesetzlich zugesicherten Kinder- und Jugendförderung**

**"Volksinitiative NRW 2006" gegen Kürzungen der Landesförderung bei Kindern, Jugendlichen und Familien**

Im Zuge der Einbringung des Landeshaushalts 2006 sind im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienförderung verschiedene Einspar- und Schwerpunktsetzungen vorgeschlagen worden, gegen die sich die beiden Volksinitiativen richten. Sofern Sie die beiden Volksinitiativen durch Ihre Unterschrift unterstützen möchten, sind in der Stadt Lohmar von den Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und anderen Organisationen folgende Orte der Unterschriftensammlung eingerichtet worden, bei denen Sie sich auch über die Volksinitiativen informieren können:

- a)
- b)

Das Schreiben der Volksinitiativen an die Städte und Gemeinden hat im Wesentlichen folgenden Wortlaut:

Die Landesregierung hat für den Landeshaushalt 2006 einen Etat-Entwurf vorgelegt, der massive Einschnitte für die Maßnahmen und Einrichtungen der Erziehung, Bildung und Betreuung der Kinder sowie für Jugendliche und Familien vorsieht. Diese zusätzlichen Belastungen gefährden im Zusammenhang mit bereits in Vorjahren erfolgten Kürzungen den weiteren Bestand von Diensten und Einrichtungen.

Die Volksinitiativen drängen im Zusammenhang mit dem beschlossenen Jugendförderungs-gesetz darauf, dass dieses jetzt auch tatsächlich umgesetzt wird. Zudem wird erwartet, dass die in der Koalitionsvereinbarung benannte und in der Regierungserklärung bekräftigte Verbesserung der Bildungsbedingungen, die zu konkreten Verbesserungen im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder führen soll, auch erfüllt werden.

Die vorgesehenen Kürzungen der Landesförderung führen einerseits zu einer weiteren Aushöhlung der sozialen Infrastruktur und verlagern Lasten auf Eltern und Kommunen, so wie sich dies z. B. durch die Aufkündigung der Beteiligung des Landes bei der Finanzierung der nicht erzielbaren Elternbeiträge ergeben würde.

Unterstützen Sie die Volksinitiativen dabei, einerseits die Kürzungen in der Förderung und Bildung unserer Kinder zu vermeiden und andererseits notwendige Anpassungen in Bezug auf die Quantität und Qualität von Angeboten zu fordern.

Kürzungsabsichten betreffen u. a.:

- Das "Landesgesetz zur Kinder- und Jugendförderung". Hier sollen allein von den bisher vorgesehenen 96 Mio. € für den Landeshaushalt 2006 rd. 21 Mio. € gestrichen werden, ob-

wohl der Landtag das Gesetz mit einer Finanzausstattung von 96 Mio. € am 06.10.2004 beschlossen hat. Die Fraktionen von CDU und FDP forderten im Rahmen dieser Beschlussfassung, dass ein Finanzvolumen von 96 Mio. € bereits im Haushaltsjahr 2005 zur Verfügung gestellt werden sollte.

Von diesen beabsichtigten Kürzungen wäre die Kinder- und Jugendarbeit der Verbände, der Kirchen und Kommunen mit ihren Kinder- und Jugendferienmaßnahmen, der sportlichen und politischen Jugendbildungsarbeit, den Kinder- und Jugendangeboten in Jugendheimen, Jugendzentren, Jugendinitiativen und auf Abenteuer- und Bauspielplätzen, die Kinder- und Jugend-Kulturarbeit, sowie die Jugendsozialarbeit mit ihren wichtigen Maßnahmen zur Förderung arbeitsloser Jugendlicher massiv betroffen.

- Rd. 200 Mio. € für die Arbeit in Tageseinrichtungen, für die Familienbildungsstätten, die Erziehungs- und Familienberatung, die Familienselbsthilfe und für die Frauenhäuser wären davon betroffen. Darüber hinaus sind Kürzungen für die Weiterbildung, einschließlich der politischen Bildung vorgesehen.

Allein bei der Sachkostenförderung der Kindergärten ist eine Kürzung von rd. 72 Mio. € vorgesehen. Mit der beabsichtigten Streichung der Erstattungsregelung bei den nicht erzielten Elternbeiträgen würde eine Jahressumme von 82 Mio. € den Kommunen nicht mehr zur Verfügung stehen.

Hier handelt es sich um die bisherige Kostenerstattung des Landes für Elternbeiträge, die aufgrund geringer finanzieller Leistungsfähigkeit der Eltern von den Kommunen nicht eingezogen werden können. Gleichzeitig wird mit der vorgesehenen Regelung unterstellt, dass durch Elternbeiträge 19 % der Betriebskosten abgedeckt werden, obwohl bei der Verabschiedung des Gesetzes als realistische Quote der tatsächlich erreichte Anteil von 13 % unterstellt wurde und das Land sich aus diesem Grund auch zur Mitfinanzierung des Ausfalls verpflichtet hat. Die vorgesehene Neuregelung würde zu einer erheblichen Mehrbelastung von Eltern und Kommunen führen. Aus der Sicht von Kindern und Familien würden ungleiche Lebensverhältnisse entstehen, wenn – je nach finanzieller Leistungsfähigkeit der Kommunen – unterschiedliche Elternbeiträge für vergleichbare Angebote gezahlt werden müssten. Wie hoch die Kürzungen für Ihre jeweilige Gemeinde ausfallen würden, ergeben die Haushaltsdaten Ihrer Jugendamtsverwaltung.

Im Sinne der Kinder, Jugendlichen und Familien ist es auch ein Anliegen der Volksinitiativen, dass keine Lastenverschiebungen auf Kommunen erfolgen.

Wir bitten Sie um entsprechende Unterstützung.

Vertrauensperson -Gerhard Stranz-  
"Volksinitiative NRW 2006"  
gegen Kürzungen der Landesförderung  
bei Kindern, Jugendlichen und Familien  
c/o Internationale Vereinigung  
Waldorfkinderergärten e. V.  
Region NRW  
Mergelteichstraße 59  
44225 Dortmund

Vertrauensperson -Martin Wonik-  
Volksinitiative "Jugend braucht  
Vertrauen" für die Beibehaltung  
der gesetzlich zugesicherten  
Kinder- und Jugendförderung  
Arbeitskreis G 5  
c/o Landesjugendring NRW e. V.  
Martinstraße 2 a  
41472 Neuss"

### **Textvorschlag Ende**

Hinsichtlich des unter Ziffer 3 vorgeschlagenen Resolutionsentwurfs der SPD-Fraktion bzw. des Resolutionsentwurfs der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN darf ich darauf hinweisen, dass von Seiten der Stadt Lohmar – aber auch von den übrigen Kommunen im Land Nordrhein-Westfalen – bereits entsprechende Schritte und Proteste bei der Landesregierung und dem

Landtag über die kommunalen Spitzenverbände veranlasst worden sind. Auf das als **Anlage** beigefügte Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände des Landes Nordrhein-Westfalen vom 16.03.2006 wird hingewiesen. Dieses ist an die Präsidentin des Landtages NRW gerichtet worden und beschäftigt sich auf den Seiten 6 bis 8 ausschließlich mit den im Resolutionsentwurf dargelegten Punkten.

Aufgrund der bereits erfolgten Protestnote zu den Kürzungsplänen der Landesregierung über die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände halte ich die Wirkung einer eigenständigen Protestnote für fraglich, da sowohl die freien Wohlfahrtsverbände als auch die gesamten kommunalen Spitzenverbände und die in ihnen organisierten Kommunen bereits massiv an die Landesregierung herangetreten sind. Im Übrigen war aus dem parlamentarischen Umfeld des Landtages zu erfahren, dass von Seiten der FDP-Landtagsfraktion ein Änderungsantrag zur Abmilderung der Kürzungsbestrebungen im Kinder- und Jugendbereich vorbereitet wird. Auch insoweit bleibt das Ergebnis der parlamentarischen Beratungen abzuwarten.

In Vertretung

Stefan Hanraths